

Bildungskarte umstritten

Musikschule, Turnverein, Nachhilfe: Geringverdiener haben Anspruch auf Zuschüsse. Sie werden aber nur wenig abgerufen. Wäre eine Guthaben-Karte die Lösung?

Von Lieselotte Hasselhoff

Bielefeld. Peinliche Situationen und Papierkrieg – daran denken viele Eltern, die auf das sogenannte „Bundes- und Teilhabepaket“ (BuT) angewiesen waren. So auch Vanessa Sudkamp (Name geändert). Als sie ihre Tochter in der Tanzschule anmeldet, muss die Bielefelderin vor den Augen anderer Eltern Formulare unterschreiben lassen, damit die Stadt die Kosten zahlt.

„Ich habe mich so geschämt“, sagt sie rückblickend. Kein Wunder, dass die meisten lieber auf Hilfe verzichten, obwohl sie das Geld dringend gebrauchen könnten. Wenigstens bis jetzt. Im Juli ist nämlich das „Starke-Familien-Gesetz“ in Kraft getreten. Nach der neuen Regel hätte Sudkamp das Geld für die Tanzschule direkt beim Sozialamt beantragt und dann wie alle anderen in bar oder per Überweisung bezahlt – ohne sich als Leistungsempfängerin zu outen. Ob die Kommunen diese Möglichkeit anbieten, bleibt ihnen jedoch selbst überlassen. Und da liegt die Krux.

Im Kreis Lippe und in Bielefeld kursiert nämlich eine andere Idee: „Die Bildungskarte ist eine Art Konto mit jeweils bestimmten Guthaben-Beträgen für Klassenfahrten, Ausflüge, Schulessen und so weiter“, sagt der Bielefelder Sozialdezernent Ingo Nürnberger. Auch in den Kreisen Gütersloh und Paderborn war die Karte kurz Thema. Um noch einmal von Sudkamp zu sprechen: In der Tanzschule hätte sie nur noch ihre gelbe oder pinke Chipkarte gezückt, die Tanzschul-Mitarbeiter hätten die Nummer in ein System eingegeben – fertig. Bezahlt hätte zunächst der von der Stadt beauftragte Kartenbetreiber. Der würde sich das Geld später vom Sozialamt zurückholen.

Was zunächst nach einer simplen Lösung aussieht, wirft bei näherem



Im Rahmen eines musikpädagogischen Projektes werden Kinder unterrichtet, die sonst kaum einen Zugang zur musikalischen Bildung hätten. Foto: dpa

„Um uns zu betrügen, bräuchte es mindestens zwei, die zusammenarbeiten müssten: den Kartenanbieter und den Leistungsempfänger.“ Der Bielefelder „Arbeitskreis soziale Verantwortung“ kritisiert: „Wenn die Politik den Eltern nicht so weit vertraut, dass sie das Geld direkt an die Familien zahlt, werden diese entmündigt.“ Er folgert: „In dieser Hinsicht wäre die Einführung der ‚Bildungskarte‘ ein fatales Signal.“

Als Vorbild in NRW gilt die Stadt Hamm. Diese nutzt die Bildungskarte seit 2012. Im Jahr 2018 haben dort laut Nürnberger 30 Prozent der Berechtigten BuT-Geld für sogenannte „soziale und kulturelle Teilhabe“ genutzt. Legt man offizielle Zahlen der Stadt zugrunde, sind es nur 20 Prozent. NRW-weit gilt beides als viel. Zum Vergleich: In Bielefeld waren es zur selben Zeit nur 13,5 Prozent. Nürnbergers große Hoffnung: „Wenn wir die Zahl der Nutznießer nur verdop-

peln könnten, wäre das ein Erfolg.“

Doch hat der Erfolg in Hamm tatsächlich mit der Bildungskarte zu tun? Marlis Bußmann von den Bielefelder Linken äußert Zweifel: „Die Zahlen von Bielefeld und Hamm sind nicht vergleichbar, weil sie vor dem Starke-Familien-Gesetz erhoben wurden.“ Damals war die Linken-Fraktion für die Bildungskarte: „Alles schien besser als das entwürdigende und unübersichtliche alte System“, sagt Bußmann. Jetzt findet sie die Karte überholt: „Die Geldleistung wäre unsere präferierte Methode.“

Trotzdem, Bielefelds Verwaltung will offenbar lieber eine Bildungskarte. Zu verlockend scheinen die Vorteile: „Immer mehr Menschen nutzen die BuT-Mittel“, sagt Sozialdezernent Ingo Nürnberger. Für die Einführung der Bildungskarte veranschlagt Bielefeld künftig jährlich 60.000 Euro sowie einmalig 40.000 Euro. Die Zahlen stammen von der Firma Sodexo Pass GmbH, die das Kartensystem in Bielefeld vorgestellt hat. „Das entspricht ungefähr einer Sach-

bearbeiterstelle, die wir wegen der steigenden Fallzahlen ohne die Karte ohnehin besetzen müssten.“

Geht es also letztlich um Personaleinsparungen? „Nein“, das kann Nürnberger nicht genug betonen. „Gäbe es eine aus Familiensicht bessere, aber bürokratischere Lösung, nähme ich das in Kauf.“ Tatsächlich scheint das Sparpotenzial der Bildungskarte umstritten: Unter anderem wegen ihrer Kosten steht sie im Kreis Paderborn nicht zur Debatte. Der Kreis zahlt seit der Gesetzesänderung neben Schulmaterial und Schulweg auch das Budget für Freizeitaktivitäten wie den Tanzunterricht von Sudkamps Tochter pauschal an die Eltern. „Ob wir mit der Karte Personal sparen könnten, wissen wir nicht“, sagt Pressesprecherin Michaela Pitz, „weil wir neuerdings durch die pauschale Geldleistung Verwaltungsarbeit sparen“.

„Ich finde es überhaupt nicht nachvollziehbar, warum die Bielefelder Verwaltung an der Bildungskarte festhält“, sagt Ulrike Gieselmann vom Verein Widerspruch e. V.

Reul verteidigt Jugendliche gegen AfD

Von Lothar Schmalen

Düsseldorf. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) hat Behauptungen der AfD-Landtagsfraktion zurückgewiesen, dass die Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ (FFf) von Linksextremisten unterwandert werde – auch nicht von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) oder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), wie die Rechtspopulisten behauptet hatten. In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von AfD-Fraktionschef Markus Wagner (Bad Oeynhausen) schreibt Reul, dass eine „systematische Beeinflussung oder Infiltration von FFf durch Linksextremisten in Nordrhein-Westfalen bisher nicht feststellbar“ sei. Zwar beteiligten sich Jugendorganisationen und Parteimitglieder der MLPD und der DKP unabhängig voneinander an Veranstaltungen und Demonstrationen der „Fridays-for-Future“-Bewegung. Vor allem die Teilnehmer der MLPD stünden hierbei jedoch meist außerhalb der jeweiligen lokalen Bündnisse von FFf, da sie sich der Aufforderung der Veranstalter, auf „parteibezogene Darstellungen“ zu verzichten, regelmäßig widersetzen, berichtet Reul weiter.

Daneben versuchten linksextremistisch beeinflusste Bündnisse wie „Ende Gelände“ oder die „Interventionistische Linke“, bei Großveranstaltungen mit FFf zu kooperieren. Sie beabsichtigten damit eine Vereinnahmung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen für ihre Aktionen. Ziel sei es, demokratische Akteure über den Erlebnischarakter der häufig rechtswidrigen Aktionsformen zu radikalisieren und für Forderungen zu gewinnen, das gesellschaftliche System im Sinne linksextremistischer Vorstellungen zu verändern. In NRW seien nur vereinzelt logistische Kooperationen mit FFf und extremistischen Akteuren festzustellen.



NRW-Innenminister Herbert Reul nimmt „Fridays for Future“ in Schutz. Foto: dpa

Als Vorbild in NRW gilt Hamm. Dort wird die Bildungskarte schon seit 2012 genutzt.

Hinsehen Fragen auf: „Ich habe mich jedes Mal unwohl gefühlt, wenn ich mich als einkommensschwach outen musste“, sagt Sudkamp. An solchen Gefühlen kann auch die Karte nichts ändern. Dafür ist sie sehr „missbrauchssicher“, wie Nürnberger sagt.

Höhere Kosten für viele Krankenversicherte

Zu Jahresbeginn haben etliche gesetzliche Kassen den Zusatzbeitrag erhöht. Vor allem große Anbieter halten die Kosten stabil.

Von Judith Gladow

Bielefeld. Die gesetzlichen Krankenkassen haben ihre Zusatzbeiträge für das aktuelle Jahr festgelegt und verlangen zwischen 0,00 und 2,70 Prozent. Bundesweit haben 25 von 104 Kassen ihre Beiträge erhöht, was mehr als 1,8 Millionen Versicherte in Deutschland betrifft. Von einer Senkung profitieren hingegen nur rund 760.000 Menschen. Damit steigt der erhobene Zusatzbeitrag im Schnitt von 0,99 auf 1,06 Prozent.

Bei den meisten Kassen – etwa den großen Anbietern Techniker Krankenkasse, Barmer, DAK-Gesundheit oder der AOK Nordwest – ändert sich im neuen Jahr nichts, die Beiträge bleiben also stabil. Das gilt auch für Ostwestfalen-Lippe.

Einige in der Region ansässige Krankenkassen erhöhen ihre Zusatzbeiträge aber. Unter anderem steigen die Beiträge bei einigen Betriebskrankenkassen mit Sitz in Ostwestfalen-Lippe: Mehr zahlen müssen Versicherte bei der BKK Gildemeister Seidensticker, der BKK Bertelsmann, der BKK HMR und der BKK Dürkopp Adler. Rund 250.000 Versicherte sind davon betroffen.

Der Zusatzbeitrag, der 2015 eingeführt wurde, soll den Krankenkassen ermöglichen, auf finanzielle Engpässe zu reagieren, und den Wettbewerb zwischen den Versicherern ankurbeln. Darum wurde der Beitrag 2015 von 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent gesenkt. Der Zusatzbeitrag kommt seitdem obendrauf.

Bis zum 1. Januar 2019 trugen die

Krankenkasse	Beitrag (in %)
AOK Nordwest	15,50 (+ 0,0)
Techniker Krankenkasse	15,30 (+ 0,0)
DAK-Gesundheit	16,10 (+ 0,0)
BKK Gildemeister Seidensticker	15,80 (+ 0,1)
Heimat Krankenkasse	15,70 (+ 0,0)
BKK Melitta Plus	15,50 (+ 0,0)
Bertelsmann BKK	15,85 (+ 0,15)
BKK Diakonie	15,70 (+ 0,0)
BKK Dürkopp Adler	15,80 (+ 0,2)
BKK HMR	15,95 (+ 0,35)

Versicherten einen von ihrer Krankenkasse erhobenen Zusatzbeitrag allein. Seitdem wird er – wie der normale Krankenkassenbeitrag auch – paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert. Darum konnten sich zum vorherigen Jahreswechsel viele Versicherte über geringere Kosten für die Krankenversicherung freuen.

Das Bundesgesundheitsministerium legt jedes Jahr einen durchschnittlichen Zusatzbeitrag fest, an dem sich die Krankenkassen orientieren können. Der lag 2019 noch bei 0,9 Prozent, für 2020 ist er jedoch auf 1,1 Prozent angehoben worden.

Dennoch und trotz hoher Verluste gibt es im gerade begonnenen Jahr noch keine flächendeckenden Erhöhungen der Zusatzbeiträge.